

# DGB-STADTVERBAND FRANKFURT

## DER DGB-SENIORENKREIS DEMONSTRIERT AN DER HAUPTWACHE

Auch in diesem Jahr wurde vom DGB-Seniorenkreis wieder ein Aktionstag an der Hauptwache durchgeführt.

Am 22. Juli 2015 - bei sehr heißem Wetter - trafen sich die SeniorInnen auf dem Platz um die Stände aufzubauen.

Die Themen für den diesjährigen Aktionstag waren:

- Die Vollversicherung in der Pflege
- Wohnen muss bezahlbar sein!

Die Eröffnung um 12:00 Uhr erfolgte durch Egidius Planz von den DGB-Senioren. Danach wurden die anwesenden BürgerInnen mit einigen Musikstücken von Ernesto Schwarz unterhalten.

Zu dem Thema: „Die Vollversicherung in der Pflege“ sprach dann Dietmar Erdmeier vom Ver.di Bundesvorstand.

„Die derzeitige Pflegeversicherung reicht für viele Pflegebedürftige Menschen nicht mehr aus. Sie besteht nur noch aus einer Teilkostenversicherung, die immer höhere Eigenanteile von den Menschen verlangt. Diejenigen Menschen, die diese Eigenanteile nicht aufbringen können, werden zu Bittstellern bei den Sozialämtern. Neben den Pflegekosten bleibt Ihnen nur noch ein kleines Taschengeld. Diese menschenunwürdigen Zustände müssen dringend geändert werden“.

**Vollversicherung in der Pflege heißt:**

1. Alle Leistungen, die notwendig, wirtschaftlich und zweckmäßig sind, werden von der Solidargemeinschaft übernom-

men. Dies ist die Übertragung des Grundprinzips der gesetzlichen Krankenversicherung auf die Pflegeversicherung.

2. Zusätzlich wird eine Vollversicherung das Prinzip der Krankenversicherung noch erweitern müssen: Auch Leistungen der Teilhabe am öffentlichen Leben und nicht nur Leistungen der Pflege im engeren Sinne, gehören zum Umfang einer Vollversicherung.

### **GLEICHHEIT:**

Heute leben die meisten Pflegebedürftigen in Haushalten mit geringem Einkommen. Diese Haushalte tragen auch die Hauptlast der heutigen Teilkostenversicherung und würden entlastet. Dennoch würden natürlich auch Bezieher hoher Einkommen von einer Vollversicherung profitieren.

### **QUALITÄTSSTANDARDS:**

Privat organisierte und eingekaufte Pflegeleistungen unterliegen auch nur selbst gesetzten Qualitätsstandards. Eine Vollversicherung verteilt öffentliche Mittel und würde daher auch definierte Standards der Qualität setzen und prüfen.

### **PRÄVENTION:**

Heute wird teure stationäre Pflege oftmals notwendig, weil ambulante Leistungen nicht oder zu spät einsetzen. Eine Vollversicherung setzt im Gegensatz zu privat organisierter Pflege definierte Pfade fest, nach denen stationäre Pflege vermieden werden kann. Dies umfasst



Bernd Scherf

wesentlich auch haushaltsnahe Dienstleistungen.

### **STÄRKUNG DER PFLEGEKRÄFTE:**

Die bisherige Pflegeversicherung war bereits ein starker Jobmotor. Eine Vollversicherung würde durch Care- und Case-Management die Position von Pflegekräften stärken, neue Arbeitsplätze schaffen und das Bild von Pflgetätigkeit in der Öffentlichkeit aufwerten.

### **SICHERHEIT:**

Die Furcht vor Finanzierung einer Pflegebedürftigkeit im Alter sorgt bei vielen Personen für erhebliche Unsicherheit. Angstmacherei sorgt zudem für Abschluss von falschen und ineffizienten privaten Policen. Eine Vollversicherung wird ein Versprechen für eine Absicherung des Pflgerisikos im Alter abgeben.



Für den zweiten Themenschwerpunkt: „Wohnen muss bezahlbar sein“, sprach Sieghard Pawlik, vom Mieterverein Höchst.

„In Frankfurt am Main sind bezahlbare Wohnungen auch für Normalverdiener knapp. Familien mit Kindern, Alleinerziehende, ältere Menschen, Studierende und Auszubildende finden in unserer Stadt kaum noch Wohnungen, die sie sich leisten können. Zusätzlich steigen Strom- und Heizkosten. Die Gefahr droht, dass immer mehr Menschen wegen der zu hohen Mieten aus der Stadt verdrängt werden. Diese Entwicklung muss gestoppt



Egidius Planz

werden. An Beispielen zählte er auf wie aus Mietwohnungen in wenigen Jahren Eigentumswohnungen wurden. Die Besitzer erzielten nach der Umwandlung einen immensen Gewinn. Diese Verfahrensweise kann nicht länger akzeptiert werden. Daher wurden folgende Forderungen aufgestellt.

- **Bestehende Mieten müssen begrenzt werden, das gilt auch bei Neuvermietungen. Ziel ist ein Stopp der Mietpreisentwicklung.**
- **Modernisierungsmaßnahmen dürfen nicht zu Mieterverdrängungen führen.**
- **Die städtischen und unter Beteiligung der Stadt geführten Wohnungsunternehmen dürfen Mieten nur um einen symbolischen Beitrag erhöhen.**
- **Der Genossenschaftswohnungsbau muss gestärkt werden. Wohnungsbauunternehmen in kommunaler Hand müssen im Auftrag der Stadt Wohnungen mit bezahlbaren Mieten bauen.**
- **Alle Instrumente, die auf eine sozialverträgliche Steuerung des Woh-**



nungsmarkts abzielen, sind auszuschöpfen. Dazu gehören: Erhaltungs- und Milieuschutzsatzungen für alle bedrohten Stadtgebiete und dortige Anwendung des Vorkaufsrechts der Stadt.

- **Wir fordern, die Stadt zu ermächtigen, für Milieuschutzgebiete einen Stopp gegen Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen einzuführen.**
- **Einbeziehung sämtlicher Bestandsmieten bei der Erstellung des Mietspiegels, Verbot des Leerstehens-Lassens von Wohnraum sowie der Umwandlung von Wohn- in Büroraum. Bei Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen ist die Frist bei Eigenbedarfskündigung wieder auf 10 Jahre zu verlängern“.**

Als weitere Redner standen Henning Hoffmann von der Arbeiterwohlfahrt Frankfurt am Main und Bernd Scherf vom Sozialverband VDK – Frankfurt am Main zur Verfügung. Henning Hoffmann sprach zu dem Thema: Gesundheit / Sozialarbeit.



Sieghard Pawlik

Die Gesundheitspolitik sei ungerecht und geht zu Lasten der RentnerInnen und ArbeitnehmerInnen.

Bernd Scherf ging auf die Altersarmut und Rente ein: „Die Rente muss zum Leben reichen!“

Altersarmut muss bekämpft werden. Reiche müssen sich an den Kosten des Sozialstaates beteiligen“.



Dietmar Erdmeier

An den Ständen wurde Informationsmaterial verteilt und Gespräche geführt. Durch die heißen Sommertemperaturen wurden an diesem Aktionstag nicht so viele mit Bürgerinnen und Bürgern an die Stände gelockt, wie im letzten Jahr.

Die Menschen für die Ziele der DGB-SeniorInnen zu begeistern, wird in der heutigen Zeit der Ellenbogengesellschaft immer schwieriger.

Erst wenn die Menschen persönlich von Maßnahmen betroffen, sind rufen sie nach Hilfe.

Der Aktionstag 2015 war eine gelungene Veranstaltung und weitere Aktionen werden folgen bis unsere Forderungen umgesetzt sind.

Quellen DGB  
Text und Fotos Ho.